

Die Richtung stimmt - Ein kurzer Blick auf den Koalitionsvertrag aus Eine-Welt-Perspektive

Mit Spannung erwartete auch und gerade die Eine-Welt-Szene den neuen Koalitionsvertrag, der gestern, am 24.11.21 publik gemacht worden ist. Aus Sicht der Fachstelle Flucht, Migration und Entwicklung finden sich darin viele Punkte, die dazu geeignet sind, Ungleichheiten in und zwischen Staaten zu verringern. Letzteres fordern die SDGs (Nachhaltige Entwicklungsziele). Der Vertrag bekennt sich zu einer „sozial-ökologischen Marktwirtschaft“, was begrüßenswert ist. Denn zu lange haben wir soziale und ökologische Kosten wirtschaftlichen Handels kaum angemessen berücksichtigt. Nun sollen die planetaren Grenzen geachtet werden. Ausbeuterische Verhältnisse in der innerdeutschen Wirtschaft, aber auch entlang globaler Lieferketten sollen reduziert werden. Innergesellschaftlich ist ein höherer Mindestlohn eines der Werkzeuge dazu, zwischengesellschaftlich wollen wir etwa den Ökonomien im sogenannten Globalen Süden künftig weniger Schaden durch Agrarexporte zufügen, die Märkte vor Ort und somit Perspektiven (zer)stören und auch den Migrationsdruck fördern. A propos Migration: Hier will Deutschland nun seiner Verantwortung nachkommen. Das lässt hoffen, dass offensichtliche Widersprüchlichkeiten zwischen unseren propagierten moralischen Werten und der in den letzten Jahren immer unmenschlicheren Asyl- und Migrationspolitik unter Aushöhlung geltender Gesetze und Konventionen abgebaut werden. Und: Die Menschen, die am Ende bleiben, sollen einfacher integraler Teil unserer Gesellschaft werden, womit betont wird, dass wir endlich ein modernes Einwanderungsland werden wollen.

Im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) ist neben dem Bekenntnis zu den SDGs begrüßenswert, dass die Ausgaben für die staatliche EZ mindestens 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) umfassen. Die entwicklungspolitisch aktive Zivilgesellschaft soll gestärkt werden. Gut, denn: Die Maßnahmen entwicklungspolitischer Bildungsarbeit im Inland können dazu beitragen, dass Bürger*innen sich in einer globalisierten Welt verorten können und Chancen und Grenzen ihrer jeweiligen Wirkmacht bei der Gestaltung einer lebenswerteren Welt für möglichst viele erkennen. Auch der Umgang mit den Schulden vieler Länder des Globalen Südens, die vielfach auf die neoliberale Politik ab den 1980er Jahren zurückzuführen sind, soll überdacht werden. Je nach konkreter Ausgestaltung könnte hier ein wesentlicher Beitrag zur globalen Perspektivenangleichung realisiert werden.

Die Aufarbeitung der bisher oft ausgeblendeten deutschen Kolonialgeschichte soll nun endlich erfolgen. Neben vielen Aspekten, die diesen Themenkomplex umfassen, ist hier auch das Verständnis für Rassismus als Ideologie aus der Kolonialzeit wichtig. Daher ist es unter anderem begrüßenswert, dass der Kampf gegen Rassismus forciert und beispielsweise auch die Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft, die ja nur noch bis 2024 läuft, unterstützt werden soll.

Viel Gutes also im Vertrag. Inhaltlich stimmt die Richtung also. Nun bleibt abzuwarten, wie sehr das neue Kabinett auch die demografische Vielfalt abbildet - und was am Ende tatsächlich umgesetzt wird.

(Serge Palasie | Eine Welt Netz NRW | 25.11.21)